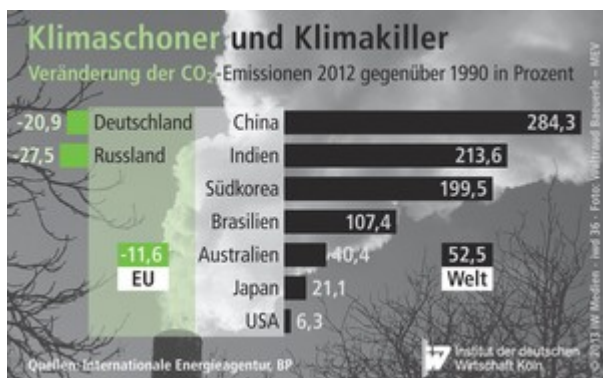


CO₂-Emissionen | 05.09.2013 | Lesezeit 1 Min.

Der Preis des Klimaschutzes

Die deutsche Stahlindustrie hat aufgrund des strengen Emissionshandels in der Europäischen Union Wettbewerbsnachteile gegenüber Nicht-EU-Ländern.



Noch ist das System der EU weltweit einzigartig, inzwischen arbeiten aber auch andere Länder an ähnlichen Systemen, um CO₂-Emissionen einzudämmen (Grafik). Wie weit diese fortgeschritten sind, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl und der Industriegewerkschaft Metall untersucht.

In China, Indien, Japan, Russland, Australien, Südkorea, Brasilien und den USA – die zusammen mit der EU 87 Prozent der weltweiten Stahlproduktion ausmachen – steckt der Emissionshandel noch größtenteils in den Kinderschuhen.

Nur Australien und Südkorea bauen verbindliche landesweite Systeme auf, wobei die Zertifikate für die Stahlindustrie kostenfrei und die Reduktionsanforderungen geringer sind als in der EU.

In den USA ist die Entwicklung eines Systems ins Stocken geraten. In Japan ist die Teilnahme freiwillig. In China und Brasilien gibt es lediglich einzelne Pilotprojekte.

Emissionsrechtehandel

Unternehmen in der EU müssen für jede Tonne CO₂, die bei der Produktion entsteht, ein Emissionszertifikat nachweisen. Über die Anzahl der Zertifikate legt die EU also die Menge an Treibhausgasen fest. Energieintensive Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bekommen die Zertifikate kostenfrei, damit sie wettbewerbsfähig bleiben.

Kernaussagen in Kürze:

- Die deutsche Stahlindustrie hat aufgrund des strengen Emissionshandels in der Europäischen Union Wettbewerbsnachteile gegenüber Nicht-EU-Ländern.
- Australien und Südkorea bauen verbindliche landesweite Systeme auf, wobei die Zertifikate für die Stahlindustrie kostenfrei und die Reduktionsanforderungen geringer sind als in der EU.
- In den USA ist die Entwicklung eines Systems, das die CO₂-Emissionen eindämmen soll, ins Stocken geraten.